

Stellungnahme

Drucksache 18/8433

Vorbemerkung

Die Landesschüler*innenvertretung Nordrhein-Westfalen (LSV NRW) betrachtet den Kampf gegen den Faschismus und die extreme Rechte als eine Aufgabe, die auch in den Schulen zu führen ist. Eine rechte Stimmung in der Gesellschaft sowie ein genereller Rechtsruck in der Parteienlandschaft bedrohen viele Schüler*innen. Vor diesem Hintergrund unterstützen wir Bemühungen, diesen Kampf in den Schulen zu führen. Wir werden dennoch kritisch auf alle Maßnahmen blicken, die uns Schüler*innen betreffen, so auch hier.

Zur Ausgangslage

In diesem Antrag wird ein sehr idealisiertes Bild der Realität gezeichnet. Von welchem „Frieden“ reden wir, wenn Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe diskriminiert und rassistischer Gewalt ausgesetzt sind? Was ist das für eine „Freiheit“, wenn der schulische und berufliche Werdegang quasi von Geburt an feststeht und sich im Laufe der Schullaufbahn weiter zementiert? Von welchem „Wohlstand“ wird gesprochen, wenn 17,3 Millionen Menschen in Deutschland von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind¹, während 60 Prozent des Gesamtvermögen in den zehn wohlhabendsten Prozent der Haushalte konzentriert sind²?

Wenn Menschen in Deutschland an der Demokratie zweifeln, ist dies zwar falsch, aber dennoch verständlich.

Millionen Menschen fühlen sich nicht mehr repräsentiert und werden es tatsächlich auch nicht. Die Anliegen von Menschen mit geringem Einkommen finden signifikant weniger parlamentarische und politische Repräsentation als die von Personen mit mittlerem oder hohem Einkommen.³ Regionen, in denen Infrastrukturmaßnahmen vernachlässigt werden, weisen einen hohen Anteil von Menschen auf, die bereit sind, rechtspopulistische und faschistische Parteien zu wählen.⁴

Diese vorliegenden Missstände müssen zunächst erkannt werden, bevor eine weitere Beschäftigung mit der ‘Rettung der Demokratie’ erfolgen kann.

Es kann festgestellt werden, dass sich die aktuellen demokratischen Systeme in einer Devolution befinden. Diese Entwicklung ist durch verschiedene Faktoren begründet. Daher greift die Analyse des Antrags zu kurz. Zudem externalisiert diese Analyse die Probleme der Demokratie auf andere und enthält sich jeder Selbstkritik.

¹ Statistisches Bundesamt. „Gut ein Fünftel der Bevölkerung Deutschlands von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht“. Zugegriffen 23. Juni 2024.

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/05/PD23_190_63.html.

² „Wie sind die Vermögen in Deutschland verteilt?“, 11. Dezember 2023.

<https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-wie-sind-die-vermoegen-in-deutschland-verteilt-3579.htm>.

Zugegriffen 23. Juni 2024.

³ „Buchessenz: Soziale und politische Ungleichheit in Deutschland“. Zugegriffen 23. Juni 2024.

<https://www.fes.de/akademie-fuer-soziale-demokratie/buch-essenz/buch-essenz-elsaesser>.

⁴ Kaufmann, Stephan. „Macht Sparen Rechts? Und Warum?“ Politik & Ökonomie Blog, 10. Februar 2024.

<https://politischeoekonomie.com/macht-sparen-rechts-und-warum/>. Zugegriffen 23. Juni 2024.

Auch die Argumentation, die Übel den Sozialen Netzwerke zuzuschreiben, ist wenig tiefgründig oder zielführend. Die Radikalisierung über diese Medien erfolgt über diese Medien, doch sie sind nicht die alleinige Ursache. Die Annahme, dass dieses Phänomen nicht in Zusammenhang mit einer zunehmenden Politisierung und Differenzierung politischer Prozesse gebracht werden kann, ist eine unzureichende und unzulässige Verkürzung.

Weiter wird ausgeführt, dass es antidemokratische Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft gäbe. Dies wirft die Frage auf, was genau unter der „Mitte der Gesellschaft“ zu verstehen ist und ob diese Gruppe dann noch als „Mitte“ bezeichnet werden kann, wenn sie diese „antidemokratischen Einstellungen“ aufweist. Der Politik- und Wirtschaftsunterricht wurde über einen längeren Zeitraum hinweg substanziell gekürzt. Die Erkenntnis, dass dies ein Fehlschlag war, manifestierte sich jedoch erst spät. Auch hier stellt sich die Frage, wie attraktiv dieser Unterricht für Schüler*innen ist, die zu Hause keine Ruhe haben oder in sozial prekären Verhältnissen leben. Für diese Gruppe sind die SDGs und ihre Vermittlung irrelevant. Die Entwicklung eines Verständnisses und einer Akzeptanz für das gegenwärtige politische System stellt eine Herausforderung dar, insbesondere in einer Schule, die von baulichen Mängeln geprägt ist. Dazu kommt das Auftreten von Mobbing und rassistischer Diskriminierung gegenüber Schüler*innen, was zu einer ablehnenden Haltung gegenüber der Institution Schule führen kann. Es gibt etwa 6,2 Millionen erwachsene funktionale Analphabeten (Alpha Level 1-3) und 10,2 Millionen erwachsene Menschen, die kaum Lesen und Schreiben können (Alpha Level 4) in Deutschland.⁵ Dies erschwert die Partizipation am demokratischen Prozess für diese Menschen erheblich. Es besteht daher die Notwendigkeit, dieses Problem anzugehen.

Die Skepsis gegenüber der Demokratie hat vielfältige Ursachen. Es sollte daher ein Schwerpunkt darauf gelegt werden, reales Vertrauen aufzubauen. Eine Vermittlung der Überlegenheit der deutschen Demokratie ist wenig zielführend, wenn Millionen Menschen in ihrer Realität von dieser enttäuscht werden. Die Schule wird somit als Instrument zur Bewältigung bestehender Machtstrukturen genutzt, wobei die Vermittlung von Bildung in einem angemessenen Umfeld sowie die Förderung der Mündigkeit von Schüler*innen erforderlich wären, um deren aktive Teilnahme an der Gesellschaft zu ermöglichen.

Im Antrag wird postuliert, dass es keine Indoktrination geben sollte. Allerdings findet genau diese Indoktrination statt, wenn in allen Fächern und Lebensbereichen bestimmte Werte und Systeme als einzig legitime erklärt werden. Dies müsste anerkannt werden.

Es ist richtig, dass im Antrag Lehrer*innen in Schutz genommen werden, die sich für „demokratische Grundwerte“ aussprechen. Allerdings wird kaum ersichtlich, wie dieser Schutz konkret aussehen soll. Die „zivilgesellschaftlichen Organisationen“ werden im Antrag hochgehalten, wobei unklar bleibt, wie sich diese Bestärkung konkret äußert. Es bräuchte Räume, Menschen und insbesondere Geld, damit eben diese Organisationen ihre Arbeit leisten können. Durch die bestehende Austeritätspolitik ist die Existenz vieler dieser Gruppen, Organisationen und Vereine jedoch real gefährdet. Es besteht eine Diskrepanz zwischen Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit, die im Antrag negiert wird. In der Praxis werden Minderheiten nicht effektiv vom Staat geschützt, sondern von diesem Staat und Parteien angegriffen. Dies führt zu Misstrauen gegenüber staatlichen Strukturen. Der Rechtsstaat ist folglich nicht in der Lage, allen Menschen faire Prozesse zu ermöglichen. Ein

⁵ Statista. „Analphabetismus und fehlerhaftes Schreiben in Deutschland 2018“. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/180609/umfrage/analphabetismus-und-fehlerhaftes-schreiben-in-deutschland/>. Zugegriffen 23. Juni 2024.

wohlhabender Mensch kann sich bessere Anwälte leisten und seriöser auftreten als ein armer Mensch, sodass eine reale Klassenjustiz entsteht.⁶

In diesem Kontext sei noch einmal auf die Lehrer*innen verwiesen. Lehrer*innen sind in ihrem Berufsalltag zahlreichen Herausforderungen ausgesetzt. Sie sind häufig für mehrere Dutzend Schülerinnen und Schüler zuständig und arbeiten nicht nur in der Schule, sondern auch zu Hause. Sie korrigieren Klausuren und bereiten den Unterricht vor. Wenn sie dabei noch Zeit für ehrenamtliches Engagement finden, ist das eine beeindruckende Leistung. Es wäre daher im Sinne der Schüler*innen sowie der Lehrer*innen, die Lehrkräfte zu entlasten und ihnen nicht noch weitere Aufgaben aufzubürden.

Eine verkürzte Analyse führt zu teilweise falschen Schlussfolgerungen, wodurch eine reale Gefährdung des demokratischen Systems Deutschlands bestehen bleibt. Zudem wird nicht erkannt, wie sehr man eigentlich selber eine gewisse Form der Indoktrination vornimmt, die nicht unbedingt falsch ist, aber doch stattfindet. Weiter wird nicht erkannt, dass für viele der hochgelobten Institutionen zu wenig Mittel vorhanden sind und dies nicht erkannt wird.

Zur Beschlussfassung

Die Zugehörigkeit des Bildungssystems zum demokratischen System lässt sich einfach feststellen, indem man Bildungstheoretiker befragt. Die Legitimation des Staates stellt einen wesentlichen Bestandteil des Bildungssystems dar. Dies wird im Antrag bestätigt und gilt für alle Schulfächer. Die Legitimationsfunktion wurde jedoch lange Zeit gegenüber der Qualifikations- und Allokationsfunktion unterstellt, sodass die kulturelle Reproduktion in den Hintergrund trat. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die LSV NRW alle Funktionen des Bildungssystems befürwortet. Im Gegenteil, wir kritisieren viele Aspekte, beispielsweise das Notensystem. Die Antragsteller*innen erachten die Demokratie in Deutschland jedoch als in einem Maße gefährdet, dass sie nun die Selbsterhaltung als prioritär betrachten.

Als erstes gilt bei den Maßnahmen eine Formulierung als kritikwürdig: „[...] aus vorhandenen Mitteln“, die Demokratie, welche über den gesamten Antrag als das Wichtigste, das es gibt, erklärt wurde, ist nicht die Ausgabe von höheren Beträgen wert, als das, was man noch im Haushalt übrig hat. Dies untergräbt die Glaubwürdigkeit des Antrags erheblich.

Die Aufträge an die Landesregierung sind häufig nicht klar beschrieben, was die Effektivität der Maßnahmen beeinträchtigen kann. Dies wird deutlich bei der zweiten Forderung nach Besuchen von Gedenkstätten der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Es ist unklar, welche Ziele mit diesen Besuchen verfolgt werden. Die LSV NRW unterstützt diese Besuche, jedoch ist unklar, ob es sich um eine Form der Läuterung oder ein echtes Gedenken an die Millionen Opfer des Nationalsozialismus handelt. Auch hierfür wäre eine Erhöhung der finanziellen Mittel erforderlich.

Die Forderung, Demokratie erlebbar zu machen, ist grundsätzlich geeignet, um die Akzeptanz demokratischer Institutionen zu fördern. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass eine Vielzahl von Menschen von dem demokratischen System enttäuscht ist. Dies könnte dazu führen, dass die Ablehnung der Demokratie weiter zunimmt. Zudem ist fraglich, inwiefern die Besuche demokratischer Institutionen tatsächlich zu einer stärkeren Identifikation mit dem demokratischen System führen. Es besteht die Möglichkeit, dass sich die Besucher*innen einfach mit ihrer prekären Situation abfinden, das sollte nicht das Ziel einer Demokratie sein. Die politische Bildung wurde über einen langen Zeitraum hinweg stark reduziert und soll nun

⁶ Steinke, Ronen. Vor dem Gesetz sind nicht alle gleich: die neue Klassenjustiz. Berlin München: Berlin Verlag, 2023.

wieder intensiviert werden. Diese Erkenntnis kommt möglicherweise zu spät, um das deutsche demokratische System zu stabilisieren.

Eine vielversprechende Forderung ist die Einstellung weiteren pädagogischen Personals und die Verlagerung von Aufgaben auf diese statt auf die Lehrer*innen, wie es häufig geschieht, insbesondere im Kontext der Digitalisierung. In Bezug auf die beiden zuletzt genannten Maßnahmen ist festzuhalten, dass es einer Erweiterung der Möglichkeiten bedarf, um eine stärkere Beteiligung von Schüler*innen und Lehrer*innen zu fördern. Hunderttausende Schüler*innen sind aufgrund von schulisch bedingtem Stress oder finanziellen Einschränkungen nicht in der Lage, sich zu beteiligen, was eine unerwünschte Konsequenz ist. Lehrer*innen verfügen nicht über die erforderliche Zeit, um sich angemessen zu engagieren, weshalb ihnen diese Zeit zur Verfügung gestellt werden sollte.

Es kann festgehalten werden, dass die Feststellung im Wesentlichen korrekt ist und von einer gewissen, bedauerlicherweise berechtigten, Angst vor Machtverlust an extrem rechte Parteien zeugt. Diese wurden über einen zu langen Zeitraum hinweg ignoriert und ihre Gefährlichkeit heruntergespielt. Die Maßnahmen wirken halbherzig und nicht wirklich effektiv, jedenfalls scheinen sie sehr klassische und nicht wirklich innovative Forderungen zu beinhalten. Es lässt sich die These aufstellen, dass die Gefahr für das deutsche demokratische System durch extrem rechte Parteien bereits akut ist und durch Bildungs- und Schulmaßnahmen nicht mehr abgewendet werden kann. Diese These sollte einer genaueren Analyse unterzogen werden.

Abschließende Bewertung

Die Demokratie und insbesondere westliche demokratische Systeme sind gegenwärtig einer sich entwickelnden Devolution ausgesetzt. Die Analyse des Antrags erscheint zu kurz gegriffen. Die Annahme, dass sich einzelne Akteure gegen die Demokratie verschworen hätten und durch Bildungsmaßnahmen bekämpft werden könnten, ist eine Vereinfachung der komplexen Realität. Die Devolution demokratischer Systeme ist durch vier Entwicklungen geprägt: Erstens führt eine zunehmende Politisierung zu Legitimationsproblemen. Zweitens nimmt die Differenzierung und Komplexität der Politik zu. Drittens entstehen epistemische Ungleichheiten in der Bevölkerung. Und viertens führt der Niedergang des „demokratischen Kapitalismus“ zu massiven sozialen Ungleichheiten.⁷ Dem entgegenzuwirken könnte Bildung ein Instrument sein, doch die Maßnahmen wirken un kreativ und halbherzig. Aufgrund der langen Wirkungs dauer von Bildungsmaßnahmen ist eine Beurteilung ihrer Effektivität erschwert. Kurzfristig werden diese Maßnahmen jedoch nicht dazu geeignet sein, das deutsche demokratische System zu retten. Es müssen daher alternative Lösungsansätze in Betracht gezogen werden.

In der Konsequenz lässt sich festhalten, dass der Antrag wenig bis gar keine Wirkung entfalten wird, sofern nicht eine Erhöhung der finanziellen Mittel erfolgt. Kurzfristig ist aus Sicht der LSV NRW aufgrund der limitierten Ressourcen nicht mit signifikanten Erfolgen zu rechnen.

⁷ Selk, Veith. Demokratiedämmerung: eine Kritik der Demokratietheorie. Originalausgabe. Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft 2417. Berlin: Suhrkamp, 2023.